

Bundestagswahlkampf

Was die Parteien Arbeitnehmern versprechen

Mehr Lohn, bezahlte Überstunden, längere Elternzeit: Wir zeigen, was die Parteien für Angestellte tun wollen – und welches Fazit Forscher ziehen.

Von [Melina Crispin](#), [David Gutensohn](#) und [Henrik Rampe](#)

7. Februar 2025, 16:00 Uhr



Wahlplakate in Berlin © Nikita Teryoshin für ZEIT ONLINE

Es sind nur noch wenige Wochen, bis am 23. Februar ein neuer Bundestag gewählt wird. Das Arbeitsressort von ZEIT ONLINE zeigt, was die einzelnen Parteien in ihren Wahlprogrammen für Angestellte fordern und welches Fazit Forscherinnen und Forscher jeweils ziehen.

Übersicht:

CDU/CSU

AfD

SPD

Bündnis 90/Die Grünen

BSW

FDP

Die Linke

CDU/CSU



Ihr Wahlprogramm hat die CDU bereits Mitte Dezember beschlossen. © [M] Jens Schlueter/AFP/Getty Images

Die Union setzt in ihrem Wahlprogramm [<https://www.cdu.de/wahlprogramm-von-cdu-und-csu/>] auf das Versprechen "Wohlstand für alle". Dazu gehören **sichere Arbeitsplätze**, die laut der Partei im Bereich Forschung und Innovation entstehen sollen. Dafür will die Union kleine und mittlere Unternehmen und "Start-up-Gründungen aus der Spitzenforschung" unterstützen. Auch plant sie, mehr Halbleiter und Batteriezellen in Europa zu produzieren.

Mehr Wirtschaftswachstum wollen CDU [<https://www.zeit.de/thema/cdu>] und CSU mit **Steuersenkungen und weniger Bürokratie** erreichen, beispielsweise sollen Dokumentations- und Meldepflichten im Einzelhandel und der Hotellerie gelockert und das Lieferkettengesetz [<https://www.zeit.de/thema/lieferkettengesetz>] abgeschafft werden. Die Steuerbelastung für Unternehmen soll auf maximal 25 Prozent begrenzt werden, zudem sollen Abschreibungen vereinfacht werden. Gezielt will die Union exportorientierte Unternehmen subventionieren.

Wie auch andere Parteien nennt die Union den **Fachkräftemangel** als Problem für die deutsche Wirtschaft. Um dem entgegenzuwirken, will sie Frauen in Teilzeit zu einer Vollzeitbeschäftigung motivieren. Wie das aber genau aussehen soll, ist unklar. Auch sollen Menschen in Helfertätigkeiten dabei unterstützt werden, einen Berufsabschluss nachzuholen.

Außerdem plant die Union, die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dabei soll eine staatliche, digitale "**Work-and-Stay-Agentur**" helfen.

Geht es nach CDU und CSU, soll auch das **Vorbeschäftigungsverbot** abgeschafft werden. Dadurch sollen Rentner länger bei ihrem letzten Arbeitgeber arbeiten können und als Fachkraft zur Verfügung stehen. Zudem will die Union ihnen steuerliche Vorteile verschaffen. Beispielsweise mit der Aktivrente: Wer im Ruhestand bis zu 2.000 Euro monatlich verdient, soll darauf keine Steuern zahlen. Rentnerinnen und Rentner sollen im Regelfall auch nicht mehr verpflichtet sein, eine Steuererklärung abzugeben. Auch Bezieher von Witwenrenten sollen mehr dazuverdienen dürfen.

Arbeitnehmer will die Union unter anderem mit einer höheren Pendlerpauschale entlasten. Für Vollzeitbeschäftigte sollen **Überstundenzuschläge** nicht mehr besteuert werden. Auch soll die Einkommensteuer an die Inflation angepasst und gesenkt werden. Geplant ist auch, den Grundfreibetrag und die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz zu erhöhen. An welche Zahlen die Schwesterparteien dabei denken, bleibt im Wahlprogramm offen. Zudem fordert die Union die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Das Ehegattensplitting will sie hingegen erhalten.

Teilen Sie die Positionen der Kandidierenden in Ihrem Wahlkreis?

Finden Sie beim Kandidierendencheck heraus, wer für Ihre Region in den Bundestag einziehen will — und ob Sie mit ihnen übereinstimmen.

Finden

In Kooperation mit [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de/) [https://www.abgeordnetenwatch.de/]

Außerdem spricht sich die Union für eine wöchentliche statt einer täglichen **Höchstarbeitszeit** aus – und damit für das Ende des klassischen Achtstundentags. Auch wollen sich CDU und CSU für Rechtssicherheit beim

mobilen Arbeiten einsetzen. Wer beispielsweise in einem Café arbeitet, soll nicht mehr unter die Arbeitsstättenverordnung fallen. Zudem wollen die Parteien es erleichtern, künftig europaweit mobil zu arbeiten.

In ihrem Wahlprogramm geht die Union insbesondere auf die Branchen Landwirtschaft und Pflege ein. Für **Landwirtinnen und Landwirte** möchte sie Steuern und Bürokratie abbauen und die Berichtspflicht reduzieren. Konkret soll beispielsweise auf die Stoffstrombilanz im Düngerecht verzichtet werden, neuen EU-Verpflichtungen plant die Union entgegenzuwirken. Den Pflegenotstand will die Partei mit besseren Arbeitsbedingungen, etwa attraktiveren Aufstiegsmöglichkeiten, bekämpfen.

Die CDU will das **Bürgergeld** abschaffen und durch eine "Neue Grundsicherung" ersetzen. Wer Arbeit grundsätzlich ablehnt, soll keine Unterstützung mehr erhalten. Gleichzeitig sollen mehr Anreize geschaffen werden, um eine Arbeit aufzunehmen oder mehr zu arbeiten.

Fazit

Das Wahlprogramm der CDU sieht einige Veränderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Finanziell würden laut einer Untersuchung [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf] des Mannheimer Leibniz-Instituts für Europäische Wirtschaftsforschung vor allem diejenigen profitieren, die ohnehin schon gut verdienen. Menschen, die zwischen 55.000 Euro und 100.000 brutto im Jahr verdienen, würden demnach netto etwa zwei Prozent mehr von ihrem Einkommen erhalten. Ab einem Jahreseinkommen von 150.000 Euro hätte man nach den Plänen der CDU fünf Prozent mehr. Das liegt vor allem daran, dass die Partei den Solidaritätszuschlag abschaffen und den Spitzensteuersatz später einsetzen lassen will. Wie das Ganze gegenfinanziert werden soll, bleibt offen. Laut dem ZEW würde das Parteiprogramm den Bundeshaushalt 46,5 Milliarden Euro kosten. Gleichzeitig soll die Schuldenbremse weiterhin eingehalten werden.

AfD



85 Seiten lang ist das Wahlprogramm der AfD – vor allem für Arbeitslose enthält es einige Zumutungen. © Jens Schlueter/AFP/Getty Images

In ihrem 174-seitigen Wahlprogramm [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf] will die AfD [<https://www.zeit.de/thema/alternative-fuer-deutschland>] die deutsche Wirtschaft stärken, indem sie Konsum- und Unternehmenssteuern senken will. Wie konkret das ausgestaltet sein soll, lässt die AfD offen. Auch möchte die Partei Firmen entlasten, indem sie Umweltauflagen wie die CO₂-Abgabe und Energiesteuer abschafft. Dazu plant die AfD, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, da ihrer Meinung nach jegliche Maßnahmen zum Klimaschutz unnötig sind. Die Laufzeiten von Kohlekraftwerken sollen verlängert, neue Atomkraftwerke gebaut und die Nord-Stream-Pipelines repariert werden, um wieder günstiges **Gas aus Russland** beziehen zu können. Die AfD fordert zudem den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro und der Europäischen Union.

Wirtschaftlichen Aufschwung und neue Arbeitsplätze erhofft sich die AfD auch durch eine Stärkung der **Automobilindustrie**. Das Lieferkettengesetz, das weltweit für faire Arbeitsbedingungen an Produktionsstandorten sorgen soll, plant die AfD zu streichen.

Auch spricht sich die Partei für Steuerentlastungen aus. Die Erbschaftssteuer erachtet sie als wachstumshemmend und unsozial, weshalb sie komplett gestrichen werden soll. Auch die Grundsteuer soll abgeschafft werden. Arbeitnehmer will die AfD steuerlich entlasten, indem sie den Steuerfreibetrag, der derzeit bei knapp 12.000 Euro liegt, auf 14.000 Euro erhöht. Um Familien steuerlich zu unterstützen, spricht sich die Partei für die Einführung eines **Familiensplittings** aus. Hierbei wird das Einkommen von Eltern und unterhaltsberechtigten Kindern zusammengefasst und gemeinsam besteuert.

Der **Sparerpauschbetrag**, ein Steuerfreibetrag für Einkünfte aus Zinsen, Dividenden und ETFs, soll von derzeit 1.000 Euro im Jahr auf 2.400 Euro erhöht werden. Verbeamtet werden sollen zukünftig lediglich Beschäftigte, die hoheitliche Aufgaben übernehmen, etwa Polizisten, Richter oder Bürgermeister. Ob darunter etwa Lehrkräfte fallen, ist Auslegungssache.

Beim Thema **Mindestlohn** ist die Haltung der AfD vage. In ihrem Grundsatzprogramm [<https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>] spricht sich die Partei dafür aus, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten – ohne eine adäquate Höhe zu nennen. Im vergangenen Sommer hatte sich die AfD-Fraktion in einem Antrag im Bundestag [<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmedlungen-1010234>] für Ausnahmen vom Mindestlohn eingesetzt, da er "sehr zulasten der Wettbewerbsfähigkeit geht".

Die AfD möchte das **Rentenniveau** dauerhaft auf etwa 70 Prozent des Nettoeinkommens anheben, aktuell liegt es bei knapp 50 Prozent. Um die Rentenkasse zu stabilisieren, sollen Politiker sowie die meisten Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Die Partei schlägt ein flexibles Renteneintrittsalter vor. Gegenwärtig wird die Altersgrenze stufenweise auf 67 Jahre angehoben. Die AfD schlägt vor: Wer 45 Jahre Beitragsjahre gesammelt hat, soll ohne Abschläge in Rente gehen – egal wie alt die Person zu dem Zeitpunkt ist.

Zudem möchte die AfD radikale Einschnitte beim **Bürgergeld** vornehmen, von denen insbesondere Empfänger ohne deutsche Staatsbürgerschaft betroffen wären. So möchte die in Teilen rechtsextreme Partei erwerbsfähige Bürgergeldempfänger nach sechs Monaten zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten. Nicht deutsche Staatsangehörige sollen nur noch für ein Jahr Bürgergeld erhalten – und das auch nur dann, wenn sie zuvor zehn Jahre sozialversicherungspflichtig in Deutschland beschäftigt waren.

Ukrainische Kriegsflüchtlinge sollen im Leistungsbezug wieder den Asylbewerbern gleichgestellt werden. Grundsätzlich sollen nach dem Willen der AfD **Sozialleistungen für Asylbewerber** in Sachleistungen umgewandelt und "auf ein menschenwürdiges Existenzminimum" gesenkt werden.

Fazit

Die AfD gilt oft als Partei, die sich um Abgehängte kümmert. Doch in ihrem Programm sieht sie vorwiegend Maßnahmen vor, die Topverdiener besserstellen würden. Laut einer Studie [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf] des Mannheimer Leibniz-Instituts für Europäische Wirtschaftsforschung würden von der Abschaffung des Solis und der Einführung

eines Familiensplittings vor allem Gutverdiener profitieren. Wer mehr als 150.000 Euro im Jahr verdient, kann demnach ein Plus von acht Prozent erwarten. Menschen, die bis zu 55.000 Euro im Jahr verdienen, hingegen nur drei Prozent. Ohnehin stellt sich bei den Forderungen die Frage, wie das Programm finanziert werden würde. Die Staatskasse würden die Maßnahmen laut der ZEW-Berechnung 96,7 Milliarden Euro kosten.

↑ Nach oben 🔗 Link kopieren

SPD



Die SPD verspricht in ihrem Regierungsprogramm, 95 Prozent der Steuerzahler zu entlasten. © [M] Maja Hitij/Getty Images

Die [SPD](https://www.zeit.de/thema/spd) [https://www.zeit.de/thema/spd] beginnt ihr [Regierungsprogramm](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf) [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf] mit der Wirtschaftspolitik und schreibt: "Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze." Die Sozialdemokraten wollen einen **Deutschlandfonds** aufsetzen und in die öffentliche Infrastruktur investieren. Dazu soll die Schuldenbremse reformiert werden – wie genau, ist noch unklar.

Außerdem will die SPD eine Steuerprämie namens **Made-in-Germany-Bonus** einführen. Künftig sollen sich Unternehmen, wenn sie Geräte kaufen, zehn Prozent der Anschaffungssumme unkompliziert über eine Steuererstattung zurückholen können. Das soll Investitionen erleichtern und Arbeitsplätze sichern.

Ebenso will die Partei die **Energiepreise** für Unternehmen senken. Konkret sollen die Preise für Unternehmen halbiert werden. Die Autoindustrie will die

Partei gezielt unterstützen, indem sie den Verkauf von Elektroautos beschleunigt. Einerseits durch Kaufprämien, andererseits durch eine Dienstwagenbesteuerung, die E-Autos besserstellt.

Die Partei möchte Entlassungen erschweren, indem sie **Betriebsräte** stärkt. Diese sollen künftig stärker bei der strategischen Personalplanung mitbestimmen dürfen. Auch will die SPD mit einem Gesetz dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Außerdem soll es künftig nicht mehr möglich sein, Menschen mit befristeten Verträgen einzustellen, sofern dafür kein sinnvoller Grund wie etwa eine Schwangerschaftsvertretung vorliegt. Dadurch sollen Arbeitnehmer künftig häufiger unbefristete Verträge erhalten.

Sind Unternehmen aber in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage, plant die SPD erneut, mit Kurzarbeit Jobs zu retten und Menschen, die entlassen werden, schnell weiterzuvermitteln. Mit der sogenannten **Job-to-Job-Vermittlung** sollen Beschäftigte, unterstützt durch die Bundesagentur für Arbeit, eine Stelle in anderen Betrieben bekommen, die Personal suchen.

Auch will die SPD eine Familienstartzeit einführen. Väter sollen sich dadurch in den ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes bei voller Lohnfortzahlung freistellen lassen dürfen. Anschließend soll jeder Elternteil Anspruch auf sechs nicht übertragbare Monate **Elterngeld** haben. Zusätzlich gibt es weitere sechs Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. Dadurch würde die Zahl der Elterngeldmonate von derzeit 14 auf 18 steigen.

Die SPD formuliert in ihrem Regierungsprogramm auch den Anspruch, Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen und **Minijobs** abschaffen zu wollen – mit Ausnahme für bestimmte Gruppen wie Rentnerinnen und Rentner.

Ebenso wollen die Sozialdemokraten die Mindestausbildungsvergütung von derzeit 682 Euro und auch den BAföG-Satz für Studierende an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anpassen. Darüber hinaus will die Partei den gesetzlichen **Mindestlohn** von 12,82 auf 15 Euro in der Stunde anheben.

Laut der SPD soll eine Reform der Einkommenssteuer 95 Prozent der Steuerzahler entlasten. Dazu sollen im Gegenzug Spitzenverdiener und Vermögende mehr Steuern zahlen – etwa durch eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer, eine neue **Vermögenssteuer** und eine internationale Mindeststeuer für Superreiche. Diejenigen, die künftig mehr arbeiten, also Überstunden machen, sollen finanziell davon profitieren – mit steuerfreien Zuschlägen. Mit einem weiteren steuerfreien Bonus sollen Unternehmen diejenigen belohnen können, die ihre Arbeitszeit freiwillig ausweiten.

Auch sollen arbeitende Rentnerinnen und Rentner gefördert werden. Erstens will die Partei das sogenannte **Vorbeschäftigungsverbot** abschaffen. Dadurch könnten Rentner künftig mit ihrem vorherigen Arbeitgeber einen befristeten Vertrag schließen und wieder dort tätig werden. Zweitens soll sich die Arbeit im Alter finanziell mehr lohnen, indem der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung künftig direkt an den Beschäftigten ausgezahlt wird. Gleichzeitig will die Partei das gesetzliche Rentenniveau stabil bei 48 Prozent halten und auch die Regelaltersgrenze von derzeit 67 Jahren nicht erhöhen.

Arbeitslose, die sich weiterbilden, sollen künftig länger **Arbeitslosengeld** erhalten. Die Zeiten einer Qualifizierung sollen nicht mehr angerechnet werden, sodass Betroffene nicht so schnell ins Bürgergeld fallen. Apropos Bürgergeld, hier spricht die SPD davon, dass "die meisten Menschen, die arbeiten können, auch arbeiten wollen". Die Partei fordert aber gleichzeitig das "Prinzip des Forderns" ein. Zwischen den Zeilen klingt das aber so, als würde die Partei es bei den aktuellen Regelungen belassen wollen.

Fazit

Von einer SPD-Regierung würden Niedrigverdiener profitieren, da der Mindestlohn angehoben werden soll. Mittelverdiener würden durch den erhöhten Grundfreibetrag bessergestellt. Prozentual würden laut der ZEW-Berechnung [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf] am stärksten diejenigen etwas hinzugewinnen, die zwischen 20.000 und 30.000 Euro im Jahr verdienen. Auch Menschen mit mittleren Gehältern können sich auf ein Plus von etwas mehr als zwei Prozent einstellen. Ab einem Einkommen von 250.000 Euro im Jahr würde der reale Verdienst hingegen sinken – um etwa 3,4 Prozent. Auch hätte das Parteiprogramm einen Effekt auf den Staatshaushalt. Durch höhere Steuern für Wohlhabende würde dieser laut der ZEW-Studie um 1,2 Milliarden Euro wachsen.

Bündnis 90/Die Grünen



Die Grünen versprechen Steuererleichterungen und eine Grundrente. © [M] Michael Kappeler/dpa

Auf den ersten Blick fordern die Grünen in ihrem Regierungsprogramm [https://cms.gruene.de/uploads/assets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf] für die deutsche Wirtschaft ähnliche Reformen wie die SPD. Die Partei möchte für Unternehmen die Energiekosten senken. Dazu will die Partei auch die **Stromsteuer** auf das europäische Minimum setzen. Außerdem wollen die Grünen die Schuldenbremse reformieren und einen Deutschlandfonds aufsetzen. Analog zum Made-In-Germany-Bonus fordern die Grünen eine unbürokratische Investitionsprämie, ebenfalls sollen Firmen künftig zehn Prozent ihrer Investitionen abschreiben können.

Auch beim Mindestlohn sind sich SPD und Grüne einig, er soll möglichst schnell 15 Euro in der Stunde betragen. Unternehmen sollen zudem dazu verpflichtet werden, in Stellenausschreibungen die konkreten Gehälter transparent zu machen. Geringverdiener sollen durch nicht näher definierte "Steuerzuschriften" entlastet werden. Ebenso könnten die **Grundfreibeträge** steigen, damit mehr vom Bruttogehalt nicht versteuert werden muss. Auch wollen die Grünen die Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung auf 1.500 Euro anheben. Das würde dazu führen, dass mehr als die Hälfte der Angestellten keine Belege mehr für ihre Steuererklärung sammeln muss, schreiben die Grünen.

Darüber hinaus wollen sie die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen verbessern und das geltende Rückkehrrecht in Vollzeit erweitern. Eltern sollen Betreuungskosten sowie Ausgaben für Haushaltshilfen von der Steuer absetzen können, sodass es lukrativer wird, etwa eine Nanny zu bezahlen. Als weiteren Schritt für mehr Gleichstellung will die Partei das

Ehegattensplitting abschaffen – allerdings nur für neu geschlossene Ehen. Bereits verheiratete Paare sollen sich freiwillig für das neue Modell entscheiden können.

Um den Arbeitsmarkt zu stärken, sollen ausländische Fachkräfte ihr Visum einfach online beantragen können und für den gesamten Prozess der Einwanderung nur einen Ansprechpartner haben – eine digitale **Einwanderungsagentur**. Diese soll mit einer zentralen Anerkennungsstelle zusammenarbeiten, sodass Berufsabschlüsse aus anderen Staaten künftig leichter anerkannt werden.

Des Weiteren formulieren die Grünen in ihrem Programm konkrete Ideen für spezielle Berufsgruppen. Demnach sollen Handwerksberufe durch branchenspezifische Mindestvergütungen und **kostenlose Meisterbriefe** attraktiver werden. Selbstständige sollen für die Wochen rund um die Geburt durch ein Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden. Bisher erhalten sie, wenn sie privat versichert sind, oft keine Leistung.

Um Beamte in ihrem Arbeitsalltag zu entlasten, sollen Behörden digitaler werden und wenn möglich automatisiert arbeiten. Deutsche Landwirtinnen und Landwirte sollen gestärkt werden, indem im **Lieferkettengesetz** verankert wird, dass zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette eingekauft werden muss.

Mit Blick auf den letzten Lebensabschnitt wollen die Grünen Altersarmut durch eine neue **Garantierente** und eine verbesserte Erwerbsminderungsrente entgegenwirken. Wie genau beides aussehen soll, bleibt allerdings unklar. Deutlicher sind die Forderungen, das gesetzliche Rentenalter bei 67 Jahren und das Rentenniveau bei 48 Prozent zu belassen.

Fazit

Die allermeisten Steuerzahler entlasten und die Topverdiener zur Kasse bitten, wollen auch die Grünen. Die Forscher des Mannheimer ZEW haben berechnet [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf], dass vom Parteiprogramm der Grünen vor allem Gering- und Mittelverdiener finanziell profitieren würden. Erst ab einem Jahreseinkommen von 150.000 Euro brutto steht man etwas schlechter da. Besonders stark wären die Einschnitte für Menschen, die mehr als 250.000 Euro im Jahr verdienen – sie müssten im Vergleich zu heute auf 3,8 Prozent ihres Einkommens verzichten. Umverteilt würde dieses Geld wiederum vor allem an jene, die zwischen 20.000 und 50.000 Euro im Jahr verdienen. Für den Bundeshaushalt hätten die Forderungen ebenfalls Folgen – dieser würde laut den Forscherinnen und Forschern um 4,3 Milliarden Euro wachsen.

BSW



Auch die noch junge Partei BSW fordert Veränderungen für Arbeitnehmer. © [M] Maja Hitij/Getty Images

Das Bündnis Sahra Wagenknecht [<https://www.zeit.de/thema/buendnis-sahra-wagenknecht>] (BSW) will eine "180-Grad-Wende in der Wirtschafts- und Energiepolitik". Im Mittelpunkt steht dabei die "deutsche Industrie" – den Begriff findet man auf den ersten zwei Seiten des [Kurzwahlprogramms](https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Kurzwahlprogramm.pdf) [<https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Kurzwahlprogramm.pdf>] achtmal.

Die Sanktionen gegen Russland, die nach Beginn des Ukrainekriegs verhängt wurden, bezeichnet das BSW als "Killerprogramm" für die deutsche Wirtschaft und will sich dafür einsetzen, dass **billige Energie** den Weg nach Deutschland findet. Nach den Vorstellungen des BSW soll die zukünftige Bundesregierung mit Russland verhandeln, um über den verbliebenen Strang der Nord-Stream-Pipeline wieder Erdgas zu beziehen.

Auch möchte die Partei politische Entscheidungen zurücknehmen, um die Wirtschaft zu stärken. Statt des Verbrenneraus' ab 2035, wie es auf EU-Ebene beschlossen wurde, plant das BSW ein "Volksleasing für E-Autos und verbrauchsarme Verbrenner". Das **Heizungsgesetz** möchte die Partei ebenso abschaffen wie die CO₂-Abgabe für Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas. Sie wurde 2021 eingeführt, um den CO₂-Ausstoß zu verringern und Klimaziele zu erreichen.

Für Geringverdiener fordert das BSW einen höheren Mindestlohn von 15 Euro. Darüber hinaus plant die Partei um Namensgeberin Sahra Wagenknecht eine umfassende Steuerreform. Die **Mehrwertsteuer** auf

Grundnahrungsmittel wie Milch, Obst oder Gemüse soll wegfallen und eine Vermögensteuer auf Vermögen von mehr als 25 Millionen Euro eingeführt werden. Kapitalerträge sind nach Vorstellung des BSW wie Arbeitseinkommen mit dem normalen Einkommenssteuersatz zu belasten. Arbeitnehmer sollen durch eine höhere Tarifquote, erleichterte Betriebsratsgründungen und weniger Bürokratie bessergestellt werden.

Auch soll es bei der Rente einen Steuerfreibetrag von 2.000 Euro geben. Geht es nach dem BSW, zahlen künftig alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Dafür soll es zunächst 120 Euro Rentenerhöhung als Inflationsausgleich geben sowie eine **Mindestrente**, gestaffelt nach Beitragsjahren. Nach dem Vorbild von Österreich soll die Mindestrente nach 40 Versicherungsjahren bei 1.500 Euro liegen. Wer 15 Jahre eingezahlt hat, soll 1.200 Euro erhalten.

Im Gesundheitssystem knüpft das BSW an Plänen an, die SPD, Grüne und Linke schon lange fordern – aber nie eine politische Mehrheit auf Bundesebene finden konnten. Statt gesetzlicher und privater Krankenkassen soll es zukünftig nur noch eine **Bürgerversicherung** geben, in die alle einzahlen. In seinem Wahlprogramm verspricht das BSW, dass die gesetzlichen Krankenkassen auch Zahnersatz und Sehhilfen übernehmen. Abgeschafft werden sollen die Zusatzbeiträge der Krankenkassen. Darüber hinaus setzt sich die Partei für eine Pflegevollversicherung ein, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird. Dadurch soll der Eigenanteil wegfallen oder zumindest stark sinken, den Menschen etwa für einen Platz im Altenheim zahlen müssen.

Das **Bürgergeld** in der aktuellen Form möchte das BSW abschaffen und zum alten Modell von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zurückkehren. Insbesondere ältere Arbeitnehmer sollen bessergestellt werden. Um das Abrutschen in die Grundsicherung zu verhindern, sollen Menschen, die lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, "so lange 60 Prozent ihres letzten Nettogehalts erhalten, bis ihnen eine zumutbare Beschäftigung angeboten wird oder sie eigenständig eine gefunden haben".

Fazit

Das BSW hat einige Punkte, die andere Parteien beschreiben, noch nicht ausformuliert. Dementsprechend äußert sich das BSW nicht zum Elterngeld, zu Arbeitszeiten oder dem Streikrecht. Doch steuertechnisch hat die Partei konkrete Vorstellungen. Laut den Forscherinnen und Forschern des ZEW [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf] würden demnach

diejenigen mehr belastet, die besonders viel verdienen. Gering- und Mittelverdiener hingegen können damit rechnen, dass ihre Einkommen netto um etwa drei Prozent steigen. Auch könnte die Politik künftig mehr Geld investieren, da der Bundeshaushalt nach den Vorstellungen des BSW-Programms um 3,9 Milliarden Euro zulegen würde.

↑ Nach oben 🔗 Link kopieren

FDP



"Alles lässt sich ändern", plakatiert die FDP. Was genau sie für Arbeitnehmer vorhat, steht in ihrem Wahlprogramm. © [M] John MaxDougall/AFP/Getty Images

Mit dem Versprechen auf **Steuersenkungen** und Bürokratieabbau versucht die FDP, Wähler zu überzeugen und den erneuten Einzug in den Bundestag [<https://www.zeit.de/thema/bundestag>] zu schaffen. Die Liberalen setzten sich in ihrem Wahlprogramm [<https://www.fdp.de/das-wahlprogramm-der-freien-demokraten-zur-bundestagswahl-2025>] dafür ein, die Steuerbelastung für Unternehmen, unter anderem die Gewerbe-, Körperschafts- und Grunderwerbsteuer, auf insgesamt unter 25 Prozent zu senken.

Auch für Angestellte möchte die FDP das Steuersystem verändern. Nach Vorstellung der Liberalen [<https://www.fdp.de/das-wahlprogramm-der-freien-demokraten-zur-bundestagswahl-2025>] greift der **Spitzensteuersatz** zukünftig nicht mehr ab einem Jahreseinkommen von gut 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro. Der Grundfreibetrag soll um mindestens 1.000 Euro steigen. Komplette Wegfall soll der Solidaritätszuschlag, den gegenwärtig Unternehmen, Kapitalanleger und Gutverdienende zahlen.

Überdenken möchte die FDP den traditionellen Acht-Stunden-Arbeitstag. Dabei sollen die gesetzlichen Grenzen für eine tägliche **Höchstarbeitszeit** abgeschafft und durch eine wöchentliche Höchstgrenze ersetzt werden. Um Anreize für Mehrarbeit zu schaffen, sollen Überstunden von der Lohnsteuer befreit sein. Homeoffice möchten die Liberalen flexibler ermöglichen. Die parteiintern diskutierte Pauschale von 100 Euro im Monat hat es allerdings nicht ins Wahlprogramm geschafft.

Auch möchte die Partei etwas gegen den hohen Krankenstand in vielen Unternehmen tun und **telefonische Krankschreibungen** in Zukunft abschaffen. Streiks in kritischen Bereichen wie etwa Verkehr oder Kinderbetreuung wollen die Liberalen erschweren. So sollen Streiks in diesen Bereichen mit einer nicht näher ausgeführten Vorlaufzeit angekündigt und ein Notbetrieb sichergestellt werden.

Das gesetzliche Renteneintrittsalter, das derzeit schrittweise auf 67 Jahre steigt, will die FDP durch einen **flexiblen Renteneintritt** ersetzen. Arbeitnehmer sollen künftig selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt – wer will, soll bis zum 72. Lebensjahr arbeiten können. Der Anreiz bei diesem Modell: Je später jemand in Rente geht, desto höher soll sie ausfallen.

Im Wahlprogramm spricht die FDP davon, Deutschland "von einem Land der Sparer zu einem Land der Aktionäre" machen zu wollen. Damit das gelingt, schlägt die Partei eine gesetzliche **Aktienrente** nach schwedischem Vorbild vor. Arbeitnehmer sollen neben der üblichen Rentenversicherung einen Teil ihrer Beiträge auch in Fonds anlegen und so das Rentensystem stabilisieren. Angedacht ist auch, dass in Schulen künftig finanzielle Bildung als verpflichtendes Fach eingeführt wird.

Um Bürokratie abzubauen, sollen nach Vorstellungen der Liberalen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie Bürgergeld und Wohngeld in einer Leistung zusammengefasst werden. Bei der **Arbeitslosenversicherung** setzt die FDP auf die Einführung eines Billigtarifs. Arbeitnehmer, die sich für diese günstigere Option entscheiden, haben dann entsprechend geringeren Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Als Teil der Ampelregierung haben die Liberalen 2023 das **Bürgergeld** eingeführt. Im Wahlkampf spricht die Partei nun davon, es in seiner jetzigen Form abschaffen zu wollen und Zahlungen an Arbeitslose zu kürzen. Bürgergeldempfänger ohne Kinder oder pflegebedürftige Angehörige müssten auch Arbeitsangebote annehmen, für die sie längere Strecken zum Arbeitsort fahren oder umziehen müssen, findet die FDP. Ebenso sollen Arbeitsverweigerer zu Ein-Euro-Jobs verpflichtet werden.

Fazit

Die FDP setzt voll auf die Eigenverantwortung, etwa bei der Arbeitslosenversicherung oder der Rente. Finanziell profitieren würden von den Steuervorschlägen der Partei laut einer Studie [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf] vor allem Besserverdiener. Besonders stark die Menschen, die zwischen 150.000 und 250.000 Euro verdienen – ihr Einkommen würde um 9,8 Prozent steigen. Diejenigen, die noch mehr verdienen, würden immerhin von einem Plus von 8,1 Prozent profitieren. Im Umkehrschluss würden Gering- und Mittelverdiener wiederum nur leicht zulegen. Gleichzeitig müsste noch geklärt werden, wie das Programm gegenfinanziert wird. Die FDP möchte die Schuldenbremse beibehalten, ihre Forderungen würden den Staatshaushalt aber laut den ZEW-Berechnungen 116 Milliarden Euro kosten.

↑ Nach oben 🔗 Link kopieren

Die Linke



Die Linke positioniert sich in ihrem Wahlprogramm als Arbeiterpartei. © [M] Jens Schlueter/AFP/Getty Images

Die Linke fordert in ihrem Wahlprogramm [<https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/>] eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft. Die Partei will besonders Ostdeutschland und Regionen, die vom **Strukturwandel** betroffen sind, unterstützen. Durch Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und in die Verkehrs- und Energiewende will die Linke Hunderttausende Arbeitsplätze schaffen.

Dazu plant die Partei, 200 Milliarden Euro in den Industrieumbau zu investieren. Sie will zudem sicherstellen, dass **Klimaschutzmaßnahmen** Unternehmen und Normalverdiener nicht finanziell belasten.

Auch setzt die Partei einen Schwerpunkt auf ein reformiertes Steuersystem, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Geplant ist eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen: Die **Einkommenssteuer** soll für alle, die weniger als 7.000 Euro im Monat verdienen, herabgesetzt werden. Wer jährlich weniger als 16.800 Euro verdient, soll künftig gar keine Steuern mehr zahlen. Im Gegenzug soll der Spitzensteuersatz auf 53 Prozent steigen, für Reiche fordert die Linke eine Reichensteuer mit zwei Stufen: Wer mehr als eine Viertelmillion Euro jährlich verdient, zahlt 60 Prozent Steuer, das betrifft ein Prozent der Bevölkerung. Die obersten 0,006 Prozent mit einem Einkommen von mindestens einer Million Euro zahlen 75 Prozent. Wenn es nach der Linken geht, zahlen künftig nur noch die reichsten zehn Prozent den Solidaritätszuschlag.

Den Mindestlohn will die Linke auf 15 Euro erhöhen, er soll anschließend jährlich an die Inflationsrate angepasst werden. Bisher geltende Ausnahmeregelungen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Praktika sollen abgeschafft werden. Rentnerinnen, Auszubildende und Studierende sowie Arbeitnehmer, die bisher keinen Anspruch darauf hatten, sollen einmalig einen Inflationsausgleich erhalten. Für Manager und Vorstände will die Partei verbindliche **Gehaltsobergrenzen** festlegen.

Die Linke fordert die Einführung eines Mobilitätsgeldes als Ersatz für die Pendlerpauschale sowie die Wiedereinführung des **9-Euro-Tickets**. Auch setzt sie sich für unbefristete Arbeitsverträge spätestens nach dem dritten Vertrag beim selben Arbeitgeber ein. Sachgrundlose Befristungen sollen abgeschafft werden.

Für einen besseren Arbeitsschutz will die Linke eine **geringere Wochenarbeitszeit**, wie eine Vier-Tage-Woche, durchsetzen. Der Achtstundentag soll die Obergrenze bleiben. Die Arbeitszeitverkürzung soll mit vollem Lohnausgleich einhergehen. Gleichzeitig fordert die Linke ein Recht auf eine Vollzeitstelle, um unfreiwillige Teilzeit zu vermeiden.

Tarifverträge sollen künftig auch ohne die Zustimmung der Arbeitgeber gelten können, wenn das Arbeitsministerium sie für allgemeingültig erklärt. Laut der Linken soll die Arbeit von Betriebsräten erleichtert und besser geschützt werden. Die Behinderung von Betriebsratswahlen soll strenger sanktioniert werden. Das **Streikrecht** soll ausgeweitet werden und künftig auch für Beamte gelten.

Fachkräfte will die Linke durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen anwerben. In der **Pflege** will die Partei mit Entlastungstarifverträgen für mehr Anreize sorgen. Beschäftigte, die den Beruf verlassen, sollen aktiv zurückgeworben werden.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, fordert die Linke den Ausbau von Kitas und Horten. Geplant ist ein Rechtsanspruch auf **kostenlose Ganztagsbetreuung**. Der Kündigungsschutz für Eltern soll bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes verlängert werden. Nach der Elternzeit soll ein Rückkehrrecht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz garantiert werden. Das Ehegattensplitting möchte die Linke durch eine Individualbesteuerung ersetzen.

Die Linke plant, den Zugang zur Arbeitslosenversicherung auszuweiten und das Arbeitslosengeld auf 68 Prozent des Nettogehalts zu erhöhen. Erwerbslosigkeit soll durch staatliche Beschäftigungsprogramme und Qualifizierungsmaßnahmen verringert werden. Zudem will die Partei eine **sanktionsfreie Mindestsicherung** von 1.400 Euro im Monat einführen und das Bürgergeld ersetzen. Anspruch auf das Geld sollen alle haben, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben.

Wer 40 Jahre lang gearbeitet hat, soll ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können. Die Regelaltersgrenze soll auf 65 Jahre herabgesetzt werden. Alle Menschen mit Erwerbseinkommen, auch Beamte und Selbstständige, sollen in eine solidarische Erwerbstätigenversicherung einzahlen, um das Rentenniveau zu erhöhen. Alle, die keine ausreichende Rente erhalten, sollen eine **Mindestrente** erhalten. Auch die beträgt 1.400 Euro im Monat.

Fazit

Die Linke würde mit ihrem Steuerkonzept eine starke Umverteilung auslösen. Diejenigen, die mehr als 250.000 Euro im Jahr verdienen, würden laut der ZEW-Berechnung [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf] 27 Prozent ihres Einkommens verlieren. Diejenigen, die weniger als 10.000 Euro im Jahr haben, wiederum 29,7 Prozent zulegen. Davon ausgehend würden alle Einkommensschichten bis zu den Spitzenverdienern profitieren – allerdings stetig weniger, je höher der Verdienst. Anders sieht das beim Bundeshaushalt aus: Dieser würde durch die steuerlichen Mehreinnahmen so stark zulegen wie bei keiner anderen Partei. Laut der ZEW-Studie um etwa 46 Milliarden Euro.